

Angekündigte Mittelkürzung für 2021 um 10% - Auswirkungen für Fachstelle Sucht und Suchthilfe Drehscheibe

Ausgangssituation:

Im Rahmen der Daseinsvorsorge des Landkreises werden nach THP 3 für die Fachstelle Sucht und die Suchthilfe Drehscheibe insgesamt 8,25 Fachkraftstellen (plus 0,1 für die Wochenendöffnung) gemäß der aktuellen Leistungsvereinbarung vom 06.11.2019 gefördert.

10% Mittelkürzungen bedeuten für uns 10% Personalkürzung!

Für die Fachstelle müsste somit ein 50%- Deputat und für die Drehscheibe ein 30%- Deputat (gerundet) eingespart werden.

Seit 2014 arbeiten wir in beiden Einrichtungen mit dem gleichen Personalstand und sind in allen Arbeitsfeldern voll ausgelastet.

Eine Personalreduzierung hat daher unmittelbare Auswirkungen auf unser Leistungsangebot und damit auf die Versorgung unserer Klient*innen.

Dies hat eine Verschlechterung für suchtkranke Menschen im Landkreis zur Folge mit entsprechenden Auswirkungen auch auf das soziale Umfeld der Betroffenen.

Sucht ist eine chronische Erkrankung und mit vielfältigen, komplexen Problembereichen verbunden, die die soziale und gesellschaftliche Teilhabe einschränken oder gefährden.

Aus unserer Sicht ist eine Personalkürzung in der Suchthilfe nicht zu verantworten und wird drastische negative Auswirkungen für die Betroffenen haben.

Fachstelle Sucht:

Eine Personalreduzierung um 10% bedeutet, dass ab 2021 statt bisher 5,25 nur 4,75 Fachkraftstellen zur Verfügung stehen.

Diese Auswirkungen betreffen folgende Arbeitsbereiche:

- **Präsenz in den Außenstellen wird reduziert:**
Gemeinsam mit dem AKRM bieten wir an drei Tagen pro Woche (2 Tage davon übernimmt der bwlv, 1 Tag übernimmt der AKRM) in allen drei Außenstellen Rheinfelden, Weil a. Rh. und Schopfheim/Zell i.W. Außensprechstunden an; dieses Angebot werden wir ab 2021 reduzieren müssen auf einen Präsenz- Tag (des bwlv) pro Woche; dies ist eindeutig ein Rückschritt, da gerade in den letzten beiden Jahren viel Zeit, Energie und Geld in den Ausbau der sozialräumlichen Versorgung und den Aufbau von lokalen Netzwerken investiert wurde.
- **Verringerte Anzahl von Erstgesprächen pro Monat:**
Monatlich bieten wir (in der Zentrale in LÖ und den Außenstellen) insgesamt 70- 80 Erstgesprächstermine an; dieses Angebot werden wir ebenfalls deutlich reduzieren müssen; wir können nicht mit weniger Personal die gleiche Gesprächsanzahl anbieten.
- **Wartezeiten für Erstgespräche - Terminvergabe innerhalb von 5 Werktagen ist nicht zuverlässig möglich:**
Als Folge dieser Maßnahmen werden sich längere Wartezeiten ergeben, damit verbunden ist die Gefahr, dass Klient*innen „abspringen“ bzw. nicht erreicht werden.
- **Angebot einer therapeutisch geleiteten Angehörigengruppe entfällt:**
Die Angehörigenberatung nimmt einen hohen Stellenwert in unserer Beratungsarbeit ein; über eine Honorarkraft bieten wir eine therapeutisch geleitete Gruppe an; dieses

Angebot können wir 2021 nicht mehr aufrecht erhalten, da mit den reduzierten Fachkraftstellen auch die Sach- und Overheadkosten entsprechend gekürzt werden.

- **Deutlich reduzierte Teilnahme an Kooperationstreffen und Fachtagen:**
In Aufbau und Pflege unseres Kooperationsnetzwerkes haben wir in den letzten Jahren viel Zeit und Energie investiert, u.a. durch die Vorbereitung und Durchführung von Fachtagen; auch hier werden wir unsere personelle Präsenz auf ein Minimum reduzieren müssen, wir werden uns nicht mehr an den Vorbereitungen beteiligen und an Treffen nicht mit dem ganzen Team teilnehmen können; das bestehende Netzwerk ist derzeit stabil, eine Pause von einem Jahr voraussichtlich einigermaßen verkraftbar; allerdings besteht auch hier die Gefahr, dass bei einer längeren Kontaktpause die bestehende Arbeitsgrundlage verloren geht und „später“ wieder neu aufgebaut werden muss.
- **Ausbildung ehrenamtlicher Selbsthilfegruppenleitungen wird eingeschränkt:**
Unsere Selbsthilfegruppen sind zentrale Bausteine zur Aufrechterhaltung von Behandlungserfolgen, zur Teilhabesicherung und Integration Suchtkranker und ihrer Familien; neue Gruppenleitungen werden innerhalb des bwlV gut und intensiv ausgebildet, dies beinhaltet pro Ausbildungsjahr ca. 2.500,- € Sachkosten für die Fachstelle. Auch in diesem Bereich werden wir Einsparungen vornehmen müssen.
- **Jubiläumsveranstaltung zu 70 Jahre Fachstelle Sucht findet nicht statt:**
2021 wird die Fachstelle 70 Jahre alt. Eine öffentlichkeitswirksame Jubiläumsveranstaltung bindet Personal und Finanzen; wir werden diese Feierlichkeit auf den 75. Geburtstag der Fachstelle verschieben

Suchthilfe Drehscheibe:

Durch eine Personalkürzung um 10% stehen ab 2021 nur 2,8 statt bisher 3,0 (plus 0,1) Fachkraftstellen zur Verfügung.

Die Suchthilfe Drehscheibe ist die einzige niedrigschwellige Anlaufstelle mit Angeboten zur Überlebenshilfe für langjährig schwer Suchterkrankte im Landkreis Lörrach. Trotz der Deputatskürzung um 30% soll das niedrigschwellige Angebot der Drehscheibe bestmöglich erhalten werden. Um für unsere Besucher*innen weiterhin den direkten Zugang zu professioneller Hilfe zu gewährleisten, werden gravierende konzeptionelle Anpassungen nötig sein.

Diese Auswirkungen betreffen folgende Arbeitsbereiche:

- **Reduzierung der Beratungsangebote zugunsten der Kontaktladen-Öffnung:**
Arbeitsschwerpunkt wird der Kontaktladen, alle Beratungsangebote werden überwiegend in diesem Setting stattfinden. Längerfristige Betreuung wird es in der bisherigen Form nicht mehr geben. Ausgenommen hiervon sind Bestandskunden (z.B. Substituierte in psychosozialer Begleitung). Neuaufnahmen erfolgen ausschließlich über das persönliche Erscheinen der Betroffenen im Kontaktladen. Begleitungen zu Behörden, Ärzten oder ins Krankenhaus und Hausbesuche finden nur noch vereinzelt in sehr dringenden Fällen statt (wenn dadurch unmittelbar eine akute Verschlechterung der Situation verhindert werden kann).

Bei Beratungen und besonders bei Kriseninterventionen im Kontaktladen wird es unerlässlich sein, dass sich Mitarbeiter*innen mit den Klienten in einen separaten Raum (Büro) zurückziehen können (u.a. Datenschutz). Dies setzt zwingend eine gute personelle Besetzung voraus. Bei einer verminderten Personalkapazität kann die Niederschwelligkeit in der Beratung daher nicht mehr kontinuierlich garantiert werden,

sondern richtet sich nach der Besucherauslastung im Verhältnis zur aktuellen personellen Besetzung.

Aufgrund der geringeren Personalkapazität wird es außerdem im Krankheitsfall oder anderweitiger Verhinderung zu Engpässen kommen:

dies bedeutet zukünftig vermehrte einzelne Schließtage.

Auch der derzeit höhere Aufwand, um die Corona- Schutzmaßnahmen für Besucher und Mitarbeiterinnen sicher zu stellen, setzt zwingend eine gute personelle Besetzung voraus.

- **Samstagsöffnung wird eingestellt:**

Die Samstagsöffnung von September bis April wird über Honorarkräfte sichergestellt (0,1 Fachkraftstellen, für die wir die anteiligen Kosten erhalten und auch weitere Aushilfen finanzieren können). Dieses Angebot muss eingespart werden, wenn der Kontaktladen als niedrigschwelliger Ort für Begegnung, Ansprache und Aufenthalt bestmöglich mit Fachpersonal ausgestattet sein soll (s.o.).

Der Einsatz von Aushilfen zur Unterstützung der Fachkräfte wird ausgesetzt.

- **Arztsprechstunde:**

bisher: monatlich; ab 2021: 1x pro Quartal

Angebote wie z.B. die Bereitstellung von sterilem Spritzenmaterial binden Kosten, die nicht eingespart werden können.

- **Reduzierung des hauswirtschaftlichen Personals:**

Personalabbau bis auf eine geringfügig Beschäftigte.

Folge: stark vereinfachtes Mittagessen (1x warmes Essen/Wo), ergänzend wird die Ausgabe der „Essenstüten“ (Corona- Konzept) beibehalten.

- **Deutlich reduzierte Teilnahme an Kooperationstreffen und Fachtagen:**

s. entsprechender Unterpunkt Fachstelle Sucht

Absicherung der zeitlichen Begrenzung der Sparmaßnahmen:

Frau Zimmermann-Fiscella hat uns versichert, dass sich die beabsichtigten Sparmaßnahmen auf das Kalenderjahr 2021 beschränken.

Diese Zusage ist eine wesentliche Grundlage für die hier dargelegten Ausführungen.

Eine Personalkürzung von 10% hat Auswirkungen auf die Versorgung unserer Klientengruppen, wir können dies auch nicht durch andere Einnahmen auffangen.

Bewusst sein muss allen Beteiligten und Entscheidungsträgern, dass diese Einsparungen „schwächere“ Menschen und stark belastete Personengruppen besonders hart treffen werden. Auch wenn wir versuchen, bestmöglich die negativen Folgen abzumildern, können wir 10% Personalreduzierung nicht ausgleichen. Wir werden weniger Menschen erreichen und sie nicht so intensiv wie bisher unterstützen können.

Dies ist besonders bedauerlich, da wir uns in beiden Einrichtungen nach dem Lockdown und dem Neustart mit den Präsenzangeboten seit Juni/ Juli nun gerade wieder einem „Normalbetrieb“ annähern. Viele Initiativen und Planungen werden ausgebremst.

Sehr zentral wird es sein, diese Einschränkungen in unserem Leistungsspektrum verbindlich zeitlich zu begrenzen und sobald als möglich wieder zu den bisherigen bewährten Arbeitsbedingungen zurückzuführen.

Wir befürchten, dass bei einer längeren Dauer auch die negativen Folgen für die Gesamtgesellschaft länger anhalten.